

Stand: 02.07.2026 21:07:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8886

"Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang - Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8886 vom 13.11.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 13.11.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/10037 des UV vom 29.01.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 11.03.2026
5. Beschluss des Plenums 19/11781 vom 28.04.2026
6. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 28.04.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang – Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative in den Landtag einzubringen mit dem Ziel, das Bayerische Klimaschutzgesetz und damit verbunden das Ziel der „Klimaneutralität bis 2040“ sowie sämtliche daraus abgeleitete Gesetze und Verordnungen ersatzlos abzuschaffen.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Bundes-Klimaschutzgesetzes, des darin festgelegten Zieles der „Klimaneutralität bis 2045“ sowie sämtlicher daraus abgeleiteter Gesetze und Verordnungen einzusetzen.

Begründung:

Die Weltklimakonferenz in Brasilien hat gezeigt, dass Deutschland mit seiner Klimapolitik einen gefährlichen Alleingang beschreitet. Während sich wichtige Industrienationen wie die USA, China oder Indien längst von den Fesseln grüner Ideologie befreit haben, führen Bundes- und Staatsregierung ihren Kurs der planwirtschaftlichen Transformation unbeirrt fort. Aus dem vermeintlichen „Wachstumsmotor Energiewende“ ist in der Folge ein staatliches Deindustrialisierungsprogramm geworden: Die ausländischen Direktinvestitionen in die deutsche Wirtschaft sind von 150 Mrd. Euro im Jahr 2021 auf 43 Mrd. Euro im Jahr 2024 zurückgegangen. Auch heimische Unternehmen müssen ihr Kapital zunehmend ins Ausland verlagern, weil die Standortbedingungen in Deutschland für die meisten Industriezweige nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Insbesondere die Zugpferde der deutschen Wertschöpfung, namentlich Automobilindustrie, Maschinenbau sowie (energieintensive) chemische Industrie, verlassen fluchtartig das Land. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und damit auf die soziale Stabilität unserer Heimat sind längst verheerend: Innerhalb eines Jahres wurde als direkte Folge der anhaltenden Rezession der Abbau von über 140 000 Arbeitsplätzen angekündigt. Für 2026 rechnet jedes dritte Unternehmen in Deutschland mit einem weiteren Stellenabbau. Wesentliche Ursachen für diese Entwicklung sind die hohen Energiepreise sowie politisch herbeigeführte, kostenintensive Bürokratie. Die Gesamtkosten der deutschen Energiewende werden auf über 13 Bio. Euro geschätzt. Nachdem die politischen Vorgaben von CO₂-Minderungszielen auf Bundes- und Landesebene mit den jeweiligen Klimaschutzgesetzen begründet werden, ist die Abschaffung dieser wohlstandsvernichtenden Instrumente dringend angezeigt. Das Bundes-Klimaschutzgesetz, das Bayerische Klimaschutzgesetz sowie alle daraus abgeleiteten Gesetze und Verordnungen sind daher ersatzlos abzuschaffen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:

Es ist jetzt 17:58 Uhr. Es wird schnell für uns alle ersichtlich, dass wir die restlichen Dringlichkeitsanträge nicht mehr behandeln können. Deshalb werden die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/8829, 19/8830, 19/8886, 19/8887 und 19/8831 sowie die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/8832 mit 19/8834 und 19/8888 im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich danke Ihnen für die konzentrierten Beratungen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:58 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/8886

**Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang - Politisches ökosozialistisches Ziel
der Klimaneutralität endgültig beerdigen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**
Mitberichterstatterin: **Dr. Andrea Behr**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 33. Sitzung am 29. Januar 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Alexander Flierl
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das komplette Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Enthaltungen? – Das sehe ich auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten bzw. Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion nach § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Januar 2026 (Vf. 1-VII-26) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 2 Abs. 2 Satz 2, Art. 5 Abs. 1 und 2, Art. 6 Abs. 1, Art. 9 Abs. 5 Satz 2 des Bayerischen Ladenschlussgesetzes (BayLadSchlG) vom 25. Juli 2025 (GVBl. S. 246, BayRS 8050-20-A)

PII-3001-2-44-1
 Drs. 19/9986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
 II. Die Klage ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheit

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Bank- und Finanzdienstleistungen
 Reform der europäischen Risikokapital- und Wachstumskapitalfonds
 15.01.2026 - 12.03.2026
 Drs. 19/9801, 19/10728

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
 Drs. 19/10728 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
 Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Modernisierung und Entbürokratisierung durch Einführung eines
 landesweiten nachhaltigen Modellrechts „Schnelles Bauen“
 Drs. 19/8583, 19/10059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern 2040 – Klimaneutral leben. Einfach machen.
Drs. 19/8830, 19/10019 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Gefährdung des Vogelschutzes durch Windkraftanlagen in Bayern
Drs. 19/8884, 19/10018 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang – Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen
Drs. 19/8886, 19/10037 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Bayern kann es schaffen – am Klimaziel 2040 festhalten
Drs. 19/8887, 19/10017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Rettung des Schlachthofs Landshut – regionale Wertschöpfung, Tierschutz und Arbeitsplätze sichern
Drs. 19/8910, 19/10016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU
Verdoppelung der Förderzeiträume für die Jugendarbeit
Drs. 19/8959, 19/10011 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Ralf Stadler und Fraktion (AfD)
Schlachthöfe als Teil der Daseinsvorsorge in Bayern erhalten:
Jetzt tragfähige Zukunftskonzepte auf den Weg bringen
Drs. 19/8993, 19/10015 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Christin Gmelch, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl
Drs. 19/9036, 19/10014 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Anhörung zu Auswirkungen von Schlachthofschließungen auf das Tierwohl
Drs. 19/9037, 19/10013 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Naturschutz 2.0: Gutachten raus aus dem Archiv – rein in die Zukunft
Drs. 19/9051, 19/10012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zum autonomen Fahren
Drs. 19/9691, 19/10057 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/8886, 19/10037

**Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang –
Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Franc Dierl

Abg. Laura Weber

Abg. Benno Zierer

Abg. Gerd Mannes

Abg. Harry Scheuenstuhl

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang - Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen (Drs. 19/8886)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Harald Meußgeier. – Der Redner ist allerdings nicht da. Dann ist dieses Rederecht hiermit verfallen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Franc Dierl. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Franc Dierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Und täglich grüßt das Murmeltier. Wieder einmal möchte die AfD den Klimaschutz in Bayern und in ganz Deutschland abschaffen.

Ich sage an dieser Stelle ganz, ganz deutlich: Dieser Antrag ist verantwortungslos, wirtschaftsfeindlich und rechtlich nicht haltbar. Er schadet der Zukunft unseres schönen Freistaates Bayern. Klimaschutz ist heute Standortpolitik, kein ideologisches Hobby. Sie diffamieren Klimaziele als sozialistisches Projekt. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Das zeigt vor allem, wie weit Sie von der Realität unserer bayerischen Wirtschaft entfernt sind. Unsere Exportmärkte, allen voran die EU, die USA und China, verlangen zunehmend klimafreundliche Produkte und CO₂-arme Lieferketten. Unsere bayerischen Schlüsselbranchen – Automobilbau, Maschinenbau, Chemie, Hightech – investieren längst massiv in Zukunftstechnologien, in E-Mobilität, Effizienz und neue Materialien. Wer in dieser Situation Klimaschutzgesetze ersatzlos streichen will, scha-

det nicht den GRÜNEN – Sie mögen es mir verzeihen –, sondern unseren Unternehmen, unseren Arbeitsplätzen und unserer Wettbewerbsfähigkeit. Klimaschutz ist zu einem knallharten Wettbewerbsfaktor geworden. Wer das ignoriert, stellt sich gegen die Interessen der bayerischen Wirtschaft.

Die Forderungen der AfD sind rechtlich illusionär. Deutschland ist an europäische Klimaziele gebunden; Stichworte: "Fit for 55", europäischer Emissionshandel, verbindliche Reduktionspfade. Bayern kann nicht per Landtagsbeschluss aus EU-Verpflichtungen aussteigen. Auch das Bundes-Klimaschutzgesetz bildet einen verbindlichen Rahmen. Man kann über Ausgestaltung, Flexibilität und Instrumente streiten, und das tun wir als CSU teilweise äußerst kritisch und kräftig. Aber ein kompletter Ausstieg ist weder seriös noch rechtlich durchzuhalten. Es gilt, innerhalb des Rechtsrahmens verantwortliche Politik zu gestalten.

Sie von der AfD verweigern Gestaltung und betreiben symbolische Fundamentalopposition. 13 Billionen Euro – 13 Billionen Euro! – angeblicher Kosten der Energiewende, das ist klassische AfD-Schockpropaganda. Das ist eine Maximalzahl ohne ehrliche Bilanz. Solche Berechnungen arbeiten mit extremen Annahmen, blenden Innovation, sinkende Technologiekosten und Effizienzgewinne vollkommen aus. Vor allem ignorieren sie die Kosten des Nichthandelns vollständig: Klimaschäden durch Extremwetter, Dürren, Hochwasser, Schäden an der Infrastruktur, Ernteauffälle, Gesundheitsbelastungen, all das hat seinen Preis. Wer diese Seite der Rechnung systematisch verschweigt, betreibt keine Wirtschaftspolitik, sondern reine Stimmungsmache. Seriöse Politik muss Kosten und Nutzen abwägen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

in den Klimaschutz, in Wertschöpfungen und in Arbeitsplätze investieren und Innovation schaffen. Untätigkeit hingegen schafft Schäden, Risiken und vor allem Streit zwischen den Generationen. Generationengerechtigkeit heißt, wir können die Rechnung nicht sehendes Auges unseren Kindern und der nächsten Generation überlassen.

Bayern ist vom Klimawandel konkret betroffen. Wir reden nicht über ein abstraktes Weltproblem, sondern über unseren Freistaat: über Starkregen und Hochwasser, Hagel, Stürme, Trockenperioden, Druck auf die Landwirtschaft, Wälder und Wasserressourcen. Eine moderne Infrastruktur, eine sichere Energieversorgung und unsere Landwirtschaft brauchen langfristige Planungen und Vorsorge. Die AfD aber will genau diese Instrumente abschaffen, die wir für eine vorausschauende Politik dringend brauchen. Das ist nicht konservativ, liebe Freundinnen und Freunde, das ist keine Alternative für irgendetwas, sondern grob fahrlässig.

Wir sagen ganz klar: Klimaschutz ja, aber mit Vernunft, Technologieoffenheit und Marktwirtschaft. Wir setzen auf Innovation statt auf Verbote. Wir kritisieren überzogene und bürokratische Vorgaben, wo sie die Wirtschaft und unsere Bürgerinnen und Bürger überfordern. Aber unser Ziel ist klar, den Klimaschutz zu verbessern und nicht abzuschaffen.

Die AfD dagegen fordert den ersatzlosen Wegfall – den ersatzlosen Wegfall! – aller Klimaziele. Das würde Unternehmer und Investoren massiv verunsichern, langfristige Projekte in die Energie- und Verkehrsinfrastruktur gefährden und die Verlässlichkeit der Politik komplett untergraben. Verlässlichkeit ist aber ein Markenzeichen bayerischer Politik und ein entscheidender Grund, warum in Bayern investiert wird.

Der Antrag der AfD ignoriert die ökonomische Realität, kollidiert mit europäischem Recht, arbeitet mit fragwürdigen Horrorzahlen, verkennt die Risiken für Bayern und gefährdet unsere Zukunftsfähigkeit als starker Industriestandort. Die CSU steht für pragmatischen, marktwirtschaftlichen und technologieoffenen Klimaschutz, ökologisch verantwortungsvoll, wirtschaftlich vernünftig und vor allem generationengerecht. Aus all diesen Gründen lehnen wir den Antrag der AfD ab. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Laura Weber für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Laura Weber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist typisch: deutschlandfeindlich, wirtschaftsfeindlich, russlandfreundlich, ideologisch bis zum Umfallen. Das ist komplett abzulehnen. Es geht in Deutschland und Bayern in Zukunft um die erneuerbaren Energien für die Wirtschaft. Wir zahlen in Deutschland jedes Jahr 70 Milliarden Euro für fossile Kraftstoffe. Das heißt, wir müssen alles dafür tun, nicht nur CO₂-neutral zu werden, sondern auch bei der Energieversorgung frei und unabhängig zu werden. Das müssen wir vorantreiben. In genau diese Richtung geht auch dieser Antrag.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deswegen sage ich ganz klar: Wir lehnen diesen Antrag ab. Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Benno Zierer für die FREIEN WÄHLER. Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Eines muss man den Kollegen von der AfD lassen: Sie werden bei den Überschriften zu ihren Anträgen immer kreativer. Das müssen sie aber auch, wenn sie zum hundertsten Mal fast denselben Antrag mit dem gleichen Inhalt stellen. Tenor ist immer: Wir sollen alle Bemühungen für den Klimaschutz einstellen, weil auch die USA und angeblich China nichts machen. In Amerika wird sich das in ein paar Jahren sicherlich wieder ändern. Auch dort wird die Vernunft einkehren und die Politik auf den ökosozialistischen Pfad zurückkehren.

(Zuruf von der AfD)

China investiert ganz massiv in erneuerbare Energien, und deren Industrie verdient Geld damit. Das können übrigens viele deutsche und bayerische Unternehmen auch. Diese sind bereits jetzt in vielen Fällen beim Klimaschutz und bei Klimaschutztechnologien Vorreiter. Abgesehen davon ist in Deutschland nicht allein der Klimaschutz Kostentreiber. Ungenutzte Möglichkeiten zur Senkung der Energiepreise, fehlender Mut bei der Unternehmensbesteuerung, zu starre Arbeitsmärkte, ausbleibende Reformen in Sozialversicherungen und nicht zuletzt unnötige Bürokratie und bockige Bürokraten in den Ämtern, das macht hierzulande die Produktion teuer und oft unrentabel. Da müssen wir ansetzen. Und genau das machen die Staatsregierung und unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Der Antrag ist selbstverständlich abzulehnen. Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Zierer, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Zierer, wir müssen das natürlich öfter sagen: nicht gleiche, sondern ähnliche Anträge, weil Sie es sonst nicht verstehen. Sie hören anscheinend nicht richtig zu. Was Sie auch zu China gesagt haben, ist immer wieder falsch. Sie stellen sich hin und sehen etwas Falsches; denn die Volkswirtschaft in China wächst ganz stark und braucht auch mehr Energie. Die kommen aber nicht auf die Idee, das zu tun, was wir tun, dass wir unsere Kernkraftwerke in die Luft sprengen. Die bauen auch Kohle- und Kernkraftwerke zu. Sie schaffen es sonst nicht, den Energiehunger zu stillen. Deswegen bauen sie zusätzlich auch Photovoltaik und Windkraft zu. Sie müssen doch einmal einsehen, dass das ein riesengroßer Unterschied ist. Sie müssen endlich kapieren, dass Sie der Geisterfahrer sind; so sieht es nämlich aus.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Mannes, das Gute ist, wir in Europa haben normalerweise aus Fehlern der Vergangenheit gelernt. China ist groß, China ist energiehungrig. Die machen sehr viel und werden auch ihren Teil lernen müssen; das will ich nicht kritisieren. Wichtig ist, dass wir unseren vernünftigen Weg weitergehen und die Vernünftigen mitnehmen.

(Zuruf)

Die anderen können wir eh nicht mitnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Zierer. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Harry Scheuenstuhl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Klimaleugner wollen die Klimaziele abschaffen. Das ist irgendwie logisch, denn wen interessiert schon das Klima, wenn es keine Probleme gibt. Es gibt für die AfD anscheinend keine Probleme mit Hochwasser, wenn Menschen ertrinken. Es gibt keine Probleme mit Sturzfluten, die durch den Klimawandel ausgelöst werden. Es gibt keine Probleme für die alten und kranken Menschen, die unter der Hitze in Deutschland leiden. Das ist für die AfD alles kein Problem. Die Landwirte leiden unter der Trockenheit, weil sie ihre Ernte nicht mehr einfahren können, weil nichts mehr wächst. Die Wasserversorgung geht runter. Alles ist für die AfD kein Problem. Die Biodiversität verschwindet. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Es liegen sogar zwei vor, aber Sie können natürlich nur eine einbringen. – Zunächst hat sich der Abgeordnete Gerd Mannes gemeldet.

Gerd Mannes (AfD): Sie haben auch wieder etwas völlig Falsches gesagt. Sie haben gesagt, die AfD wäre Klimaleugner. Schauen Sie, das ist völlig falsch. Wir verstehen schon, dass sich das Klima ändert. Es hat sich auch in den letzten 100 Millionen Jahren geändert. Wissen Sie, was die SPD verleugnet? Sie zerstören unsere Industrie und unsere Volkswirtschaft, und das leugnen Sie. Davon sollten Sie endlich einmal abkommen. Wir haben ganz schlechte wirtschaftliche Zahlen; das muss besser werden. Nur die AfD wird dafür sorgen, dass es so kommt.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): So spricht die Partei für Arbeitslosigkeit in Deutschland, AfD.

(Lachen bei der AfD)

Ich habe es extra nachgelesen: Über 500.000 Menschen in Deutschland arbeiten im Bereich des Klimaschutzes. Sie wollen, dass die alle arbeitslos werden? Vielen Dank! Die Arbeitslosigkeit hat einen Namen: AfD.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Gerd Mannes. Bitte, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist durchaus eine lebhaftige Debatte. Die AfD will einfach Zukunft statt wirtschaftlichen Niedergang. Wir müssen diese Vorstellung von der Klimaneutralität, die es ja sowieso nicht gibt, endgültig beerdigen. Da haben wir eine klare Botschaft an die Staatsregie-

rung – gut, Herr Söder, dass Sie heute da sind und uns zufällig zuhören. Bayern braucht Zukunft, Bayern braucht Arbeit; das weiß die Staatsregierung auch.

(Zuruf: Das ist aber noch keine rhetorische Sternstunde! – Heiterkeit)

– Eine rhetorische Sternstunde brauche ich nicht; das stimmt aber inhaltlich. Daran sollten Sie sich einmal orientieren. Sie sollten sich einmal an den Inhalten orientieren und nicht nur schwätzen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Wo ist deine Rede?)

Bayern braucht Zukunft, Bayern braucht Arbeit, und Bayern braucht vor allem bezahlbare Energie. Herr Söder, machen Sie doch bitte Schluss mit der grünen Ideologie; das bringt Ihnen doch nichts. Sie sehen doch, dass wir Sie in den Umfragen bald auch überholen, zumindest bundesweit.

(Zurufe)

Deswegen sagt die AfD-Fraktion: Das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 im Bayerischen Klimaschutzgesetz muss weg. Herr Söder, Sie haben vor kurzer Zeit einmal Bäume umarmt; das machen Sie jetzt nicht mehr. Diese ganzen abgeleiteten Vorschriften aus dem Bund können wir, so weit es geht, ersatzlos streichen. Es gibt keine CO₂-neutrale Volkswirtschaft.

Damit wir auch volkswirtschaftlich interessant sind, damit es gelingt, muss sich die Regierung auch in Berlin bei Ihren Kollegen, Herr Söder, für die Abschaffung dieses komischen Bundes-Klimaschutzgesetzes einsetzen. Politische Klimaneutralität ist so eine Zwangsvorstellung von irgendwelchen grünen NGOs, aber das wird sicherlich nicht auf bayerischer, deutscher oder europäischer Ebene funktionieren.

(Beifall bei der AfD)

Warum wollen wir das weghaben? – Das ist ein absoluter Eingriff in die Wirtschaft, ins Eigentum. Es wurde von den GRÜNEN gesagt, die Wirtschaft wollte das – nur zu

kleinen Teilen. Herr Scheuenstuhl, Sie haben gesagt, 500.000 Leute leben davon. Das ist schon richtig, aber das sind alles subventionierte Arbeitsplätze. Es kommt noch dazu, das Klima ist ein absoluter Preistreiber. Die Inflation läuft immer weiter. Es ist natürlich auch ein Bürokratiemonster. Es ist vor allem ein absoluter Standortkiller für die deutsche Industrie und die deutsche Wirtschaft. So sieht es aus.

Bis 2040 will Bayern klimaneutral werden. Da wollten Sie, Herr Söder, und Ihre Staatsregierung noch schneller sein. Sie wollten den Bund überholen. Auf EU-Ebene wird nur 2050 verlangt, auf Bundesebene 2040. Nehmen Sie Abstand, das haben Sie schon. Im Klimagesetz steht es noch drin. Das sollte man bei Gelegenheit auch einmal ändern.

Also, schauen wir doch einmal auf die Realität: 2024 wurden in Bayern nach Schätzungen des Bayerischen Landesamtes für Umwelt 81,9 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen. Weltweit ist das absolut verschwindend; da spielen wir hier überhaupt keine Rolle. Wer die Energie verteuert, macht die Produktion teuer. Wer Produktion teuer macht, vertreibt die Investitionen und Investoren. Wer Investoren vertreibt, zerstört letztlich unsere Volkswirtschaft und zerstört

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Mein Gott, ein Durcheinander, diese Rede!)

– Herr Scheuenstuhl – Arbeitsplätze. Da ist die SPD ganz vorne dabei.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

– Da werden wir uns heute nicht einig. Das Konzept der Energiewende, der grünen Transformation, sei angeblich ein Wachstumsmotor. Genau das Gegenteil ist doch der Fall, Sie sehen es doch.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Unsere Wirtschaft geht den Bach runter. Sie wirtschaften das Land Bayern und den Bund herunter.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Herr Söder, wo Sie gerade da sind: Dieser ständige Schlingerkurs bringt uns hier auch nicht weiter. Er verunsichert die Arbeitnehmer und letztlich auch die Arbeitgeber. Wir brauchen hier einen absoluten politischen Wechsel.

Deshalb sagen wir ganz klar: Wir brauchen eine ehrliche Energiepolitik, die für Bürger und Betriebe gemacht wird, die natürlich auch Freiheit schafft und das Eigentum schützt und die bezahlbar, sicher und vor allem technologieoffen, nicht grünideologisch und vor allem standortfreundlich ist. Die AfD will den Standort erhalten. Da brauchen wir diese Klimaideologie nicht. Die muss weg. Wer Wohlstand erhalten will, muss heute den Mut haben zu sagen: Wir streichen die falschen Ziele. Dazu fordern wir die Staatsregierung auf.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es einzelne Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.